

## Hat er oder hat er nicht?

KÖCKERTS ROLLE IN „KANTINENAFFÄRE“ BLEIBT UN DURCHSICHTIG

Die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag will erheblichen Einfluss auf den Abschlussbericht in der so genannten Kantineffäre um Thüringens ehemaligen Innenminister Köckert nehmen. Mit einem eigenen Antrag möchten die Sozialdemokraten erreichen, dass der umstrittene Satz „... und daher davon auszugehen ist, dass ein solcher Auftrag wohl auch nicht erteilt wurde“, in dem Bericht ersatzlos gestrichen wird. Der zentrale Punkt der Affäre - nämlich der, ob Köckert im Mai 2000 den Auftrag zur Bespitzelung zweier Kommunalpolitiker erteilt hat oder nicht - würde durch den Antrag der Sozialdemo-



Weiß ist nach Ansicht der CDU die Weste des Ex-Innenministers nach der Auswertung der Fakten im Untersuchungsausschuss zur so genannten Kantineffäre.

kraten erneut ins Licht der Öffentlichkeit gerückt, sagte SPD-Fraktionschef Gentzel. Mit einer eigens eingefügten Passage wolle die Fraktion zudem nochmals darauf aufmerksam machen, dass es zumindest daran keinen Zweifel gebe, dass im Zuge der Kommunalwahlen im Mai 2000 von Seiten der Führungsspitze des Verfassungsschutzes oder im Thüringer Innenministerium Aktivitäten in Richtung des betroffenen Bürgermeisters und seines ersten Beigeordneten ausgelöst worden seien. Immerhin habe der damalige Präsident des Verfassungsschutzes, Roe-

wer, eingeräumt, einen Auftrag zur Informationsbeschaffung erhalten zu haben. Ob dieser Auftrag allerdings von Köckert ausgelöst wurde, lasse sich heute nicht mehr zweifelsfrei klären.

Mit ihrem Mitte Mai eingereichten Antrag habe die Fraktion die Möglichkeit deutlich zu machen, dass ihrer Ansicht nach auch weiterhin offen bleibe, ob Köckert den Verfassungsschutz für seine Interessen missbraucht hat oder nicht. Einen schlüssigen Beweis für die eine oder andere These bleibt der Bericht schuldig, sagte Gentzel.

## PARTEITAG IN BLANKENBURG: Jugendpolitikerin Pelke spricht zu Leitantrag

SPD-Fraktionsvize Birgit Pelke wird auf dem Landesparteitag der SPD am 21. Juni in Bad Blankenburg für die SPD-Fraktion zum kürzlich öffentlich vorgestellten



„Leitantrag Familie“ sprechen. Birgit Pelke, die zu den Mitautoren des Antrags zählt und die sich auch außerhalb der Fraktion als jugendpolitische Sprecherin einen Namen gemacht hat, hält den Leitantrag unter den Vorzeichen von sinkenden Geburtenraten und einer alternden Gesellschaft für ein unverzichtbares Signal. „Hier knüpfen wir unmittelbar an die sozialpolitischen Traditionen der SPD an“, sagte Pelke und forderte wie auch SPD-Landeschef Christoph Matschie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Das Papier sieht unter anderem verbesserte Betreuungsangebote von der Kinderkrippe über Tagesstätten bis hin zur Ganztagschule vor. Eine qualitative Aufwertung der Kindertageseinrichtungen ist ebenso vorgesehen wie eine gesetzliche Freistellungsregelung zur Pflege oder Sterbebegleitung naher Angehöriger. Mit dem vom Landesverband vorgelegten Leitantrag ist das zentrale Thema für den bevorstehenden Landtagswahlkampf und einen möglichen Regierungswechsel im Jahr 2004 vorgegeben. Zum Parteitag wird auch Fraktionschef Franz Müntefering erwartet.

# Blockadehaltung endlich aufgegeben

UNION AKZEPTIERT GANZTAGSSCHULPROGRAMM DER BUNDESREGIERUNG

**L**ernen braucht Zeit. Zeit, die in Halbtagsschulen oftmals fehlt. Zeit, die aber dringend benötigt wird, um - in Konsequenz aus PISA - die Qualität der schulischen Bildung deutlich erhöhen zu können. Einen Ausweg aus diesem Dilemma bieten schulische Ganztagsangebote. Sie ermöglichen eine günstigere Rhythmisierung des Schultags, die Erprobung neuer Lernmethoden und Unterrichtsformen in einem großzügigeren Zeitraster, eine Intensivierung des Lernens und eine individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler - der Leistungsschwachen ebenso wie der besonders Begabten.

Diese Erkenntnis scheint endlich auch zu den unionsgeführten Bundesländern durchgedrungen zu sein. Nach anfänglich massiver Ablehnung und monatelanger Blockadehaltung haben sie das Ganztagschulprogramm des Bundes akzeptiert. Am 12. Mai wurde von Bund und Ländern eine entsprechende Verwaltungsvereinbarung unterzeichnet. Damit löst die Bundesregierung ein zentrales Wahlkampfversprechen Gerhard Schröders ein und stellt den Ländern im Zeitraum 2003-2007 insgesamt 4 Milliarden Euro zum Aufbau neuer und zum Ausbau bestehender schulischer Ganztagsangebote zur Verfügung.

Für Thüringen stehen schon in diesem Jahr 8,6 Millionen Euro bereit, insgesamt erhält das Land vom Bund 114,4 Millionen Euro. Für jede förderfähige Thüringer Schule sind das durchschnittlich 126.000 Euro, die für Baumaßnahmen, Ausstattungsinvestitionen und damit verbundene Dienstleistungen eingesetzt werden können. Nun ist es an der Landesregierung, die Schulen bei der Entwicklung neuer und bei der Aus-



Hans-Jürgen Döring (Bildmitte) gilt längst als Experte für Bildungsfragen in der Thüringer SPD. Hier besucht er eine Schule in Thüringen.

weitung bestehender Ganztagsangebote nachhaltig zu unterstützen.

Schulische Ganztagsangebote sind nur mit entsprechendem personellen Mehrbedarf zu realisieren. Den Schulen, die sich am Bundesprogramm beteiligen wollen, müssen daher mehr Lehrerwochenstunden und zusätzliche pädagogische Fachkräfte zur Verfügung stehen. Notwendig ist aber auch, ein professionelles Beratungs- und Unterstützungsnetzwerk zu schaffen. Wir brauchen zentrale Informationsbörsen und Diskussionsforen für die Schulen, Ganztagschul-Fachberater und regionale Modellversuche zur Umsetzung spezifischer Ganztagskonzepte. Es genügt nunmal nicht, die für Thüringen bereit stehenden Bundesmittel einzustreichen und ansonsten alles beim Alten zu lassen. Nun müssen die

nötigen bildungspolitischen Veränderungen auf den Weg gebracht werden, damit die Thüringer Schulen die enormen Entwicklungspotenziale des Bundesprogramms auch wirklich nutzen können.

Aber nicht nur Landesregierung ist in der Pflicht, auch die Schulträger, die Lehrer, Eltern und Schüler sind aufgerufen, die Verwaltungsvereinbarung vor Ort mit Leben zu füllen. An ihnen ist es nun, in einen produktiven Wettstreit um die besten pädagogischen Konzepte und die attraktivsten Schulprofile zu treten. So kann ein thüringenweites, buntes Netz schulischer Ganztagsangebote entstehen und Lernen die Zeit gewinnen, die es dringend braucht.

**DR. MARTIN DÖRING**  
Referent für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Medien  
in der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag

## Landesregierung fordert von der Wirtschaft mehr Lehrstellen - schafft aber selbst die Ausbildung von Steuerfachleuten ab

„Das ist der blanke Hohn“, kommentiert Dr. Werner Pidde, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag, den von Thüringens Wirtschaftsminister Schuster veröffentlichten Appell an die Unternehmer, Ausbildungsplätze zu schaffen. Vor allem jene Unternehmer seien in der Pflicht, die trotz Ausbildungsberechtigung keine Plätze zur Verfügung stellten, hieß es vom Minister.

„Das ist zwar grundsätzlich richtig, aber die Landesregierung sollte nicht wieder nur mit dem Finger auf andere zeigen, sondern selbst ihre Ausbildungspflichten erfüllen“, sagte Pidde. Dass das Land die Ausbildung von Steuerfachleuten im Bildungszentrum der Thüringer Steuerverwaltung in Gotha gegen Null gefahren habe, sei völlig verantwortungslos. Bisher hatten dort pro Jahr mindestens 30 junge Menschen ihre Ausbildung aufge-

nommen - und damit gute Berufschancen auch über die staatliche Finanzverwaltung hinaus erworben.

Finanzministerin Diezels Begründung für die Abschaffung dieser Ausbildung - den Absolventen könne im Landesdienst kein Arbeitsplatz geboten werden - findet Pidde angesichts der prekären Lage am Arbeitsmarkt regelrecht zynisch. Schließlich hätten die jungen Leute dort ohne Ausbildung überhaupt keine Chance.

## Öffentlich geförderten Arbeitsmarkt erhalten

LANDESREGIERUNG MUSS VERANTWORTLICH HANDELN

Mit den Stimmen der CDU wurde im Mai-Plenum ein Antrag der SPD-Fraktion zum Erhalt des öffentlich geförderten Arbeitsmarktes abgeschmettert. Die Landesregierung solle sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass die Bundesanstalt für Arbeit mehr Geld bekommt, so die Formulierung im entsprechenden SPD-Antrag. Nötig sei eine Erhöhung der Mittel zumindest auf das Niveau des Vorjahres, sagte Dr. Alfred Müller, der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Fraktion. Selbiges gelte für den Landeshaushalt. Müller sagte, dass eine Kehrtwende angesichts des von der Bundesanstalt für Arbeit und der Landesregierung betriebenen Abbaus öffentlicher Arbeitsmarktförderung unumgänglich sei. Müller: „Der Abbau von SAM und ABM sowie von Qualifizierungsangeboten in der gegenwärtigen Arbeitsmarktsituation ist völlig kontraproduktiv.“

Die Landesregierung solle sich zudem im Bundesrat dafür einsetzen, dass zur Finanzierung des benötigten Geldes für die Beschäftigungsförderung alle Einkünfte



Dr. Alfred Müller

und alle gesellschaftlichen Gruppen herangezogen werden. Damit setze die SPD ihre Kampagne zur Stabilisierung und Verbesserung des öffentlich geförderten Arbeitsmarktes in Thüringen fort, die sie ursprünglich mit der Forderung nach einer Arbeitsmarktpauschale begonnen hatte. „Eine ostspezifische Förderung des Arbeitsmarktes ist unverzichtbar. Während die Bundesregierung diese Argumente mehr und mehr akzeptiert, haben Vogel und Althaus ostdeutsche Interessen an Bayern verschachert“, sagte der Arbeitsmarktpolitiker Müller. In dem von der CSU diktierten Konzept zur Sozialreform seien spezifische Lösungsvorschläge für die Probleme der neuen Länder nicht erkennbar. „Gesundbeten ist weder christlich noch sozial, sondern eine Verleugnung der tatsächlichen Situation“, so Müller.

### Perspektive für Landesstraßen

Die Landesregierung hat nach Ansicht von SPD-Fraktionsvize Uwe Höhn im Haushaltsjahr 2003 zu wenig Geld für die Instandhaltung von Thüringens Landesstraßen eingestellt. „Die vorgesehene Summe reicht bei weitem nicht aus, um die Landesstraßen in einem verkehrstechnisch guten Zustand zu halten“, sagte Höhn. Nahezu unmöglich sei es, mit den im Haushalt eingestellten Mitteln die im zurückliegenden Winter entstandenen Straßenschäden zu beheben. Höhn sagte, dass durch die äußerst knappe Bemessung des benötigten Geldes andere Projekte - wie zum Beispiel die Umwidmung von Landesstraßen und die Verbesserung des Thüringer Fahrradnetzes - bis auf weiteres ad acta gelegt würden. Die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag hat die Landesregierung deshalb im Mai-Plenum aufgefordert, darüber zu berichten, wie es mit den Landesstraßen weitergeht.

Analog zum Bundesverkehrswegeplan verlangt die SPD-Fraktion von der Landesregierung zudem eine Perspektive für die Entwicklung eines Landesstraßennetzes. Dafür sei es unerlässlich, einen Landesverkehrswegeplan zu erstellen.

## Im Europäischen Jahr der Behinderten: Thüringer CDU tritt Verfassung mit Füßen

Als Schlag ins Gesicht behinderter Menschen bezeichnet Rosemarie Bechthum, Sprecherin für Behindertenpolitik in der SPD-Fraktion, das Nein der CDU-Fraktion zu zwei Gesetzentwürfen im Mai-Plenum. So habe die CDU-Fraktion mit einer fast nicht mehr zu überbietenden Arroganz eine parlamentarische Beratung des SPD-Gesetzentwurfes zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen behinderter Menschen im Landtag abgelehnt. Auch eine Überweisung dieses und eines weiteren Gesetzentwurfes der PDS in den zuständigen Ausschuss sei abgelehnt worden. Daraus müsse man schließen, dass die CDU-Fraktion kein Interesse an einer Gleichstellung behinderter Menschen habe. Besonders fatal sei, dass dies ausgerechnet im Europäischen Jahr der behinderten Menschen geschehe.

Die CDU-Fraktion habe mit ihrem Verhalten Artikel 2, Absatz 4 der Thüringer Verfassung - „Menschen mit Behinderung stehen unter dem besonderen Schutz des Freistaats. Das Land und seine Gebietskörperschaften fördern ihre gleichwertige Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft.“ - als für sie nicht maßgebend erklärt, sagte Bechthum.

Sie verwies darauf, dass das „Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen und zur Änderung anderer Gesetze“ bereits seit 1. Mai 2002 auf Bundesebene gültig sei.

„Wir halten es für diskriminierend, wenn behinderten Menschen auf Bundesebene die Teilnahme am Leben in der Gesellschaft ermöglicht, dies aber im Freistaat Thüringen aus Kostengründen verweigert wird.“

### GESUNDHEITSREFORM: CDU mangelt es an eigenen Vorschlägen

Die Verweigerungshaltung der Bundes-CDU in Fragen der dringend notwendigen Gesundheitsreformen kritisiert Dagmar Künast, die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion. Es zeige sich einmal mehr, dass die CDU mangels eigener Vorschläge auf Kahlschlag bei den medizinischen Leistungen und Abzockerei bei den Patienten setze - so wie vor Wochen vom hessischen Ministerpräsidenten Koch vorgeschlagen. Künast sagte, dass die CDU bei der 1992 begonnenen Strukturreform in der medizinischen Versorgung der Bevölkerung kläglich vor den Lobbyisten in der Ärzteschaft und in der Pharmaindustrie eingeknickt sei.

Die SPD werde sich nicht dafür hergeben, einigen Gruppen auf Kosten der Versicherten ungerechtfertigt hohe Gewinne zu ermöglichen.

# Experiment gelungen

LYRIK, MUSIK UND POLITIK - EINE GANZ BESONDERE LESUNG ZUM THEMA „DIE HOFFNUNG STIRBT ALS LETZTES“



Der SPD-Kulturpolitiker Harald Seidel (im Hintergrund) und der Schriftsteller Landolf Scherzer gestalteten gemeinsam mit Hans-Jürgen Döring eine Lesung der besonderen Art.

Es war ein Novum für alle. Die Friedrich-Ebert-Stiftung veranstaltete unter dem Motto „Lyrik - Musik - Politik. Die Hoffnung stirbt als Letztes“ Ende April ein Experiment in den Räumen von Radio



Hans-Jürgen Döring

F.R.E.I in der Erfurter Gotthardt-Straße. Hans-Jürgen Döring las als Abgeordneter, der in seiner Freizeit gerne Gedichte schreibt, Lyrik aus eigener Feder; sein Fraktionskollege Harald Seidel

bot sein Können als Mitglied der Jazzformation „media nox“ an der Bassgitarre dar. Für den Politik-Part sorgte ausgerechnet ein Nicht-Landtagsmitglied: der Schriftsteller Landolf Scherzer. Das Ergebnis war ein unterhaltsamer Abend der Extraklasse.

Eigentlich kam ich nur wegen Landolf Scherzer, dessen Bücher ich kenne (siehe Buchtipp). Weder mit Lyrik noch mit Jazz bin ich sonderlich vertraut, aber die Mischung klang interessant. Landolf Scherzer las unter anderem von Betriebsbesichtigungen in Nordhausen und Rudisleben im Landtagswahlkampf 1999;

von Freibier, welches in Suhl nach der Wahl ausgeschenkt wurde und von Schwierigkeiten bei der Euro-Umstellung.

Harald Seidel brachte mich zu der Erkenntnis, dass die Bassgitarre ein wichtiges Instrument und ein Bass-Solo hörens-wert ist.

Die Lyrik von Hans-Jürgen Döring zwang die Zuhörer zum genauen Hin-hören - die Bilder, die dabei in meinem Kopf entstanden, waren voller Überraschungen. Das bunt gemischte Publikum von Jugendlichen bis Rentnern spendete ausgiebig Applaus.

Eine Wiederholung des Experiments ist willkommen.

HAGEN FREY

Mitarbeiter in der SPD-Fraktion

## BUCHTIPP

Scherzer, Landolf: **Der Letzte**. Aufbau Verlag, Berlin, Gebundene Ausgabe, September 2000, 17 € Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin, Taschenbuch, März 2002, 8,50 €

Scherzer, Landolf: **Die Fremden**. Unerwünschte Begegnungen und verbotene Protokolle. Aufbau Verlag, Berlin, Gebundene Ausgabe, September 2002, 15 €

## BILDUNGSINITIATIVE

### Knigge holt Vortrag nach

„Erinnerung und Demokratie - Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg im Gedächtnis der wieder vereinten Republik“, zu diesem Thema referiert Dr. Volkhard Knigge am Mittwoch, 18. Juni, im Festsaal des Erfurter Rathauses. Knigge versucht eine Zwischenbilanz zu ziehen und geht dabei von der Annahme aus, dass ein essenzieller Zusammenhang zwischen Erinnerung und substanzieller Verankerung der Demokratie in Deutschland besteht. Knigge hält damit einen Vortrag, der ursprünglich für August 2001 vorgesehen war, den er aber aus Krankheitsgründen nicht halten konnte. Die Veranstaltung beginnt um 19 Uhr.

### Wegweiser durch den Förderdschungel

Orientierung bei der Suche nach dem richtigen Förderprogramm und den entsprechenden Ansprechpartnern will die SPD-Landtagsfraktion mit ihrer Broschüre „Fördermittel und Zuschüsse“ Unternehmen, Vereinen und Verbänden, Institutionen und Kommunen geben.

„Die Broschüre ist eine hervorragende Möglichkeit, sich über die verschiedenen Fördertöpfe zu informieren und Fördergeld zu beantragen“, so der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Uwe Höhn.

Der Freistaat Thüringen stellt auch im Haushaltsjahr 2003 für die vielfältigsten Verwendungszwecke Fördermittel zur Verfügung. Die Fördermittel sollen dazu beitragen, die Infrastruktur im Land zu verbessern sowie die unterschiedlichen Initiativen im sozialen und kulturellen Bereich unterstützen.

Das Heft liegt in den Bürgerbüros der SPD-Landtagsabgeordneten aus und kann über die Geschäftsstelle der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag, Telefon 0361/377 2336, kostenlos bezogen werden.

Herausgeber: SPD-Fraktion im Thüringer Landtag. Arnstädter Straße 51, 99096 Erfurt. Telefon: (0361) 3 77 23 36; Fax: (0361) 3 77 24 17. Internet: www.spd-thl.de

V.i.S.d.P.: Dr. Werner Pidde, Parlamentarischer Geschäftsführer; Layout/Satz: malewski; Druck: Druckerei Jäcklein, Erfurt. Redaktionsschluss: 02.06.2003

„inform“ erscheint als kostenloses Mitteilungsblatt der SPD-Landtagsfraktion in einer Auflage von 10.000 Exemplaren. Nicht für Parteizwecke und Werbung!